

**Hannes Androsch**  
**Die Zukunft Österreichs in der Welt von morgen**  
**16.05.2011**  
**Vortrag**  
**16. Mai 2011, 18.00 Uhr – HTL Mössingerstraße 25, Klagenfurt**

**Transkript der gehaltenen Rede und der anschließenden Diskussion**

**Otmar Petschnig, Präsident der Industriellenvereinigung Kärnten:**

Wir befinden uns in einem authentischen Raum für unsere heutige Veranstaltung, nämlich im Konferenzzimmer der HTL Mössingerstraße in Klagenfurt. Wir müssen auch den genius loci hier ein wenig nutzen, wenn wir heute diese Veranstaltung machen. Vielen Dank an den Direktor Lutnik – das ist der junge Mann, der hier steht – dass er uns das auch zur Verfügung stellt. Und es ist ja für uns auch ein besonderes Zeichen, dass wir in einer HTL-Schule sind. Weil wenn wir am Schulsystem mit einer der Schulen in der Weiterbildung und auch in der Bildung, wie sie unternommen wird, den höchsten Zufriedenheitsgrad haben, dann sind es die HTLs und stellvertretend heute auch Ihr Haus hier für unsere heutige Veranstaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute eine den ganz besonderen Vortragenden bei uns. Und bevor ich ihn dann gleich kurz vorstellen darf – und das wird eine kurze, weil wenn wir die Gesamtvorstellung des Dr. Androsch machen, ist der Abend auch schon wahrscheinlich gelaufen. Vielleicht zwei, drei Dinge, die die heutige Veranstaltung besonders interessant machen. Erstens das auch vom Herrn Doktor initiierte Volksbegehren ist endlich einmal etwas, wo jemand einen Stein ins Wasser wirft, um im Schulwesen etwas weiterzutreiben und etwas von außen anzustoßen. Weil wir alle nicht verstehen können, dass jede Reform im Schulwesen zehn oder mehr Jahre dauern muss – weil sich sonst nichts bewegt, wenn wir hier in Generationen denken. Und ich hoffe, dass diese Initiative, die hier von Dr. Androsch mit vielen Unterstützern in verschiedensten Bereichen gesetzt wird, etwas ist, das der Politik zeigt, das darf diesmal nicht zehn Jahre, nicht eine Dekade, nicht eine Generation, sondern es muss sich kurzfristig in verschiedensten Bereichen alles das, was x-fach diskutiert, was man in vielen Ländern rund um Österreich erfolgreich anschauen kann, was wir in den Betrieben in vielen Bereichen wissen, welche Anforderungsprofile hier erfolgen müssen und die wir auch brauchen, umgesetzt wird. Und dann auch uns in die Lage versetzt, hier eine Bildung anzubieten, die unmittelbar auch uns in der Republik – sowohl als Eltern, aber auch als Arbeitgeber – die Chance gibt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Menschen heranzubilden, die wir auch in Zukunft in der Republik brauchen, um erfolgreich zu sein.

Und das Tolle an dem Volksbegehren ist, dass obwohl eine solche große Anzahl an Trägern dabei ist, dass hier sehr wohl die Punkte auch angesprochen worden sind. Seien es die Pädagogen, die hier auch in der Reform mit angesprochen werden, sei es die Förderung der Talentierten, Unterstützung auch der Talentierten in den Schulen querbeet, sei es auch die Ganztagschule, seien es auch die baulichen Organisationen – alles Punkte, die immer brennen, die immer diskutiert werden, sind hier auch angesprochen. Und wir werden alles dazu tun, dass wir das auch in ähnlicher Art und Weise an die Politik transferieren können, auch von unserer Seite. Und weil wir gerade in der HTL sind, habe ich vor kurzem ja auch gelernt, dass es sehr wohl die Wirtschaft war, die damals die Staatsgewerbeschulen oder auch deren Vorläufer mittlerweile vor über 150 Jahren mit initiiert hat und daher verantwortlich war, dass diese Schulen auch gegründet und in dieser Form umgesetzt worden sind. Das heißt, auch damals war es schon Anliegen und auch Aufgabe der Wirtschaft, sich hier einzusetzen, umso mehr auch in der jetzigen Zeit, wo wir unter Technikfeindlichkeit, unter Bildungsproblemen, unter stark abnehmender Bevölkerung wie in Kärnten – Sie wissen, sieben Einwohner pro Tag, die wir verlieren. Sie wissen auch, dass wir als einziges Bundesland ein Abwanderungsland sind, und dass uns vor allem die 19- bis 25-

Jährigen verlorengehen. Das heißt, unsere High Potentials, da haben wir mit Abstand den größten Drift aus unserem Bundesland. Und wir müssen alles tun, um die auch wieder hereinzubringen und auch hier attraktive Möglichkeiten anzubieten. Und in der Bildung müssen wir vor allem schauen, dass wir diejenigen in Kärnten auch in der Bildung und auch in der entsprechenden Art der Bildung haben, die wir brauchen, um unsere Ziele auf den internationalen Märkten umsetzen zu können. Das wird die große Herausforderung sein.

Und das wird mit Abstand das größte Problem nicht nur der Kärntner Industrie, der Kärntner Wirtschaft und der österreichischen sein, sondern der gesamteuropäischen. Wir haben in allen unseren Umfragen – auch am Höhepunkt der Krise war das größte Problem nicht der Auftragsmangel, nicht die Liquiditätsproblematik, nicht die Finanzierung – auch am Höhepunkt der Krise war das größte Problem in den Unternehmungen das Finden von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. man hat auch diesmal versucht, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch am Höhepunkt der Krise durchzutragen, nicht freizusetzen, um sie jetzt – in der jetzigen Phase – auch zur Verfügung zu haben für die weitere Möglichkeit im Bereich der Beschäftigung und Nutzung der Chancen.

Neben all diesen Umweltbedingungen, die auch im Bundesland Kärnten – und bei uns wahrscheinlich besonders prekär aufgrund unserer ausreißenden demografischen Problematik vor allem im Bereich der demografischen Abwanderung, die wir im Land zu beobachten haben – kommt das Bildungsvolksbegehren unserer Meinung nach genau zur richtigen Zeit. Genau auch im richtigen Umfeld. Und – so hoffen wir – auch noch rechtzeitig, um hier eine Änderung, wie gesagt, außerhalb des Dekadendenkens, in der Schulverwaltung zuwege zu bringen.

Ich darf aber jetzt vor allem auch unseren Gast und den wichtigsten Repräsentanten des heutigen Abends kurz vorstellen. Wie gesagt, ich werde mich nur auf gewisse Schlagworte und Kurzzusammenfassungen mit Ihrem Einverständnis beschränken. Dr. Hannes Androsch kommt aus einer Karriere in der Parteipolitik, damals noch in der Sozialistischen Partei Österreichs, jetzt Sozialdemokratischen Partei, war damals der jüngste Finanzminister in der Republik, für verschiedenste Ämter vorgesehen, auch viele Ämter bekleidet. Und hat dann – und das ist das Spannende – den Wechsel in die Privatwirtschaft bravourös geschafft, stellvertretender, dann Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein. Dann – und das ist das, was mich besonders beeindruckt – im Alter von knapp Mitte 50, wo in Österreich schon der eine oder andere sich mit anderen Überlegungen auseinandersetzt oder 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung bereits in Pension ist – das muss man auch wissen, in diesem Alterssegment – war bei ihm die Gründung seiner industriellen Beteiligungsgruppe. Hoch erfolgreich, hoch lukrativ, hoch profitabel. Ich nenne als Stichworte Österreichische Salinen AG, ich nenne AT&S und andere, wo Dr. Androsch federführend hier mitgestaltet hat und in der Privatwirtschaft hoch erfolgreiche Betriebe zusammengefasst hat. Darüber hat er aber auch nie vergessen, sich auch weiter einzusetzen in Bereichen wie zum Beispiel im Bereich der Montanuni Leoben als Vorsitzender des Universitätsrates, und jetzt auch als Vorsitzender des Rates für Technologieentwicklung und Forschung in Österreich. Das heißt, eine Vielzahl von Tätigkeiten – ehrenamtlich, in der Politik unmittelbar tätig, und hoch erfolgreich in der Privatwirtschaft. Ein äußerst interessanter Gesprächspartner für heute Abend. Dr. Androsch, wir sind schon sehr gespannt auf Ihren Vortrag – danke fürs Kommen.

### **Hannes Androsch:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Mischinsky, der Hausherr, meine Damen und Herren, zunächst Ihnen herzlichen Dank, diese Möglichkeit eröffnet zu haben, Ihnen für die Gastfreundschaft in Ihrer – wie jeder HTL – wichtigen Schule, und Ihnen, meine Damen und Herren, dass Sie sich Zeit genommen haben, zu dieser Gelegenheit zu kommen.

In der Tat – und da pflichte ich Ihnen, Herr Präsident, vollkommen bei – dass die berufsbildenden Mittelschulen insgesamt noch mit Abstand der beste Teil unseres

Schulwesens sind. Das gilt übrigens auch für die Handelsakademien. Hätten wir in allen anderen Schulbereichen das gleiche Niveau, wäre das Gesamtergebnis ungleich besser. Das ist nur deswegen so zu erwähnen, weil man sieht, dass wir es ja könnten. Und wenn es nicht der Fall ist, dann haben wir eben einen gar nicht geringen Nachholbedarf.

Ich möchte auch etwas – weil ich darauf noch zu sprechen kommen werde – zur Effizienz sagen. Die Industriellenvereinigung in Kärnten hat fünf Mitarbeiter. Ich überlasse es Ihnen, das mit anderen Organisationen und Institutionen zu vergleichen. Das ist vorweg nur ein Beispiel, wo Geld eingespart und für Zukunftsaufgaben zugeführt werden kann. Wir kommen darauf noch zurück.

In den letzten Tagen haben wir unterschiedliche Nachrichten vernommen – erfreuliche und weniger erfreuliche bis amüsant-seltsame. Die erfreuliche Nachricht ist ohne Zweifel jene, dass im ersten Quartal in Europa und vor allem in Deutschland und wohl auch bei uns die Wirtschaft, vor allem der industrielle Teil und damit die Exportwirtschaft, wider Erwarten gut gelaufen sind. Aber dem sei gleich ein K-Wert, ein „hütet euch“, hinzugefügt: Das ist kein Garantieschein, kein Voucher, dass das das ganze Jahr oder darüber hinaus auch zwingend so weiterlaufen muss. Nehmen Sie die Entwicklung des doch nicht ganz unrepräsentativen IFO-Barometers von München, die schon wieder einen Knick hat und hoffentlich sich die Trendwende, die dieser Knick anzeigt, nicht fortsetzt. Zur Stunde tagen die Finanzminister der Euro-Zone, allerdings ohne den Chef des Währungsfonds. Wobei – wenn Sie mir da eine Vermutung gestatten – da schließe ich nicht aus, dass das inszeniert ist. Das ist mir zu komisch, dass das so passiert wäre. Man kann zwar überhaupt nichts ausschließen, aber mir scheint das eine inszenierte Angelegenheit zu sein. Aber ich kann mich auch irren. Oder die Äußerungen des jüngeren Sohns meines Vorgängers in der Creditanstalt, mit dem mich bis heute sozusagen eine Art Hassliebe verbindet.

Kleine Episode, weil ich es vorher in einem Interview schon so nebenbei erzählt habe: Also er hat sehr Positives über mich gesagt, dann hat er einmal eine sehr wenig passende Bemerkung gemacht. Und hämisch hat mich ein Journalist angerufen, was ich denn zu dieser Bemerkung vermeine. Habe ich gesagt: Wenn der Herr Dr. Treichl – nämlich der Vater – der Gentleman ist, der er sein will, dann hat er das sicher nicht gesagt. Vielleicht wäre es für seinen Sohn auch besser gewesen, Gewisses nicht gesagt zu haben, weil es vielleicht nicht die feine englische Art war. Auch wenn er in der Sache nicht unbedingt vollkommen Unrecht hat. Das ist die andere Seite. Nur vorweg, dann können wir das schon abschließen oder das Thema abhaken.

Die Hauptschuld an der Misere der Finanz- und Bankenkrise – die längst nicht erledigt ist – haben ohne Zweifel große Banken in Amerika, aber auch in Europa. Die einen, die das produziert haben, und die anderen – jetzt verwende ich auch diesen Begriff – die so blöd waren und das gekauft haben. Und der dumme August ist der Steuerzahler dabei. Und die Erste Bank hat den größten Betrag und als Erste in Anspruch genommen. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite hat ja die Politik zum Teil das gewollt. Oder wenn nicht gewollt, geduldet, zugelassen. Die Aufsichtsbehörden. Gewollt – es soll jeder in Amerika ein Einfamilienhaus haben. Also wenn ich jetzt das so formulieren darf: Jeder Obdachlose und Sandler eine Villa und damit er ein bisschen besser leben kann, auch ein Auto. Und die Betroffenen haben das nett gefunden. Das ist doch cool. Plötzlich haben sie ein eigenes Haus und was zum Leben usw. Kein Einkommen, kein Vermögen, keinen Job. Wer hat glauben können – die Betroffenen haben das nie behauptet, dass sie das zurückzahlen werden. Haben's auch nicht zurückgezahlt. Aber wir haben die Papiere gekauft. Wer hat's unter anderem gekauft? Deutsche Landesbanken – das sind bekanntlich halbstaatliche Banken – und andere öffentliche Banken. Und das haben wir noch gefördert mit Liquidität und niedrigen Zinsen. Und die Finanzaufsicht hat das nicht bemerkt – merkwürdigerweise. Aber Hunderte Milliarden sind ihnen völlig entgangen.

Also geteilte Schuld für die Vergangenheit und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft – das lässt sich nicht mit Verbalinjurien lösen. Und was die Häuslkäufer in Amerika waren, ist halt in Europa Island, Irland, Portugal, Griechenland. Weil dass ein Land mit zehn Millionen Einwohnern und ein bisschen mehr als dem halben Sozialprodukt Österreichs 330 Milliarden Schulden bedienen kann – also jeder Marktstandler am Naschmarkt in Wien weiß, dass das nicht geht. Der hat aber nichts studiert. Und alle Gescheiten in allen Institutionen haben das übersehen oder nicht hingeschaut oder übersehen wollen usw.

Jedenfalls ist das Problem nicht gelöst und in der Form auch nicht zu lösen, weil es wird ja nicht Griechenland pausenlos gerettet, sondern das wird ja nur immer schlimmer. Man gibt Geld hinein, damit die Banken, die man gerade gerettet hat, höhere Zinsen verlangen. Weil die borgen es sich um ein Prozent bei der Zentral-EZB aus und verlangen von denen zwölf Prozent und sagen wieder: Halleluja, wir sind wieder aus dem Wasser, wir haben schöne Gewinne. Aber das Zeug, das sie haben, ist noch immer nichts wert geworden. Und die Regierungen, die jeweiligen – und hauptsächlich ist es die deutsche und die französische, weil deren Banken haben das größte Exposure. Und wenn Sie die englischen noch dazunehmen, so sind das 1.100 Milliarden ungefähr ungelöster, wertloser Probleme. Die muss man aus dem System rausnehmen und auf 30, 40 Jahre verteilen, wie man das bei einem Ausgleich macht. Anders wird das nicht gehen. Wir schieben seit eineinhalb Jahren das Problem vor uns her und lassen es nur größer werden. Ein paar Bemerkungen werden heute noch in der ZiB2 thematisiert werden zu den aktuellen Problemen.

Aber zum eigentlichen Thema. Meine Damen und Herren, nach den entsetzlichen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs und der Situation danach – Ältere unter uns können sich daran durchaus aus ihrer Jugend erinnern – hat Europa trotz eines politischen, militärischen, geostrategischen Bedeutungsverlustes einen unglaublichen Wiederaufstieg – jedenfalls ökonomisch – nehmen können und genommen. Im Wesentlichen dank der Hilfe und dank des Schutzes der Amerikaner, das soll man auch bei allem, was es an den Amerikanern in der Zwischenzeit zu kritisieren gibt, nicht außer Acht lassen. Und das gilt im Besonderen auch für Österreich. Die Amerikaner sind durch diese Umstände mit Abstand zu der Hypermacht geworden auf der Welt, die sie in einem hohen Maße heute noch immer sind. Aber nach dem Bedeutungsverlust, den die europäischen Mächte schon im Ersten und erst recht mit dem Zweiten Weltkrieg hinnehmen mussten, hat eine solche Entwicklung nun auch die Amerikaner erfasst, aber in relativer Beziehung. Weil die asiatischen Staaten, die 100, 200 Jahre zurückgefallen waren, einen Wiederaufstieg erleben. Und der wird sich – auch mit Rückschlägen, wie das japanische Beispiel zeigt – durchaus fortsetzen und die relative Bedeutung, das relative Gewicht der Amerikaner reduzieren. Aber sie werden dennoch die dominante Macht auf Jahrzehnte hinaus aus vielen Gründen bleiben. Ein Grund ist jedenfalls, dass sie noch immer im Hochtechnologie-Wettlauf, im Kampf um Talente mit Abstand an der Spitze liegen – bei allen Schwächen, die sie sonst haben mögen. Und dass sie natürlich auch noch lange mit ihrer militärischen Kraft im Weltall, in der Luft und zur See eine dominante Rolle haben werden. Sie werden nicht mehr wie früher alles allein bestimmen können oder weitgehend alles allein bestimmen können, aber das Meiste wird auch ohne sie nicht gehen. Das haben wir in den 90er-Jahren erlebt in Ex-Jugoslawien, das haben wir vor wenigen Wochen erleben müssen, neuerdings in Libyen. Ohne Hilfe – auch wenn sie sich im Hintergrund halten wollten, die Amerikaner – wäre das Eingreifen in Libyen militärtechnologisch von Europa allein gar nicht möglich gewesen. Obwohl wir gar nicht – Europa zusammen, in der EU – so viel weniger ausgeben insgesamt als die Amerikaner und gar nicht so wenig Personal im Militärbereich haben, aber die Wirkungsmächtigkeit dieses Aufwands und dieser Armeestärken ist in keinem wie immer gearteten Verhältnis. Aber wir wollen uns damit nicht aufhalten.

Was sich damit dramatisch verändert, ist die Geschichte der letzten 500 Jahre, wo Europa und seine wichtigsten Teile, seine Mächte, aus im Vergleich zu China, Indien, dem arabischen Raum teilweisen Rückständigkeit sich zur welt dominierenden Kraft oder zu den welt dominierenden Kräften entwickelt haben. Das waren zuerst die Spanier, das waren dann

in der Folge die Holländer und schließlich waren's insbesondere im 18./19. Jahrhundert hauptsächlich die Engländer, das britische Empire, das erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und dann natürlich im 20. Jahrhundert durch die Weltereignisse die Dominanz und Bedeutung an die Vereinigten Staaten abgeben musste.

In der Zwischenzeit erleben wir ein Ausmaß und ein Tempo der Veränderungen, das wir vorher in diesem Ausmaße nicht gekannt haben. Wenn Sie die letzten 20 Jahre nehmen – Zerfall des Sowjetimperiums durch Implosion, Aufstieg vor allem Chinas, aber auch Indiens und anderer asiatischer Länder, nachdem das vor ihnen schon Japan und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kleinere asiatische Staaten wie Taiwan oder Südkorea oder Singapur oder Thailand erreichen haben können. Diese Entwicklung, die darauf zurückzuführen ist, dass diese Länder aus der jahrzehntelangen, selbst gewählten Isolation mit Autarkie streben, sich wieder der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zugewandt haben, ist ein Hauptgrund für die Globalisierung. Er kommt am deutlichsten zum Ausdruck, dass sich mit dieser Öffnung, mit dieser Aufgabe der Isolation, der Weltarbeitsmarkt verdoppelt hat von eineinhalb auf drei Milliarden Menschen. Das schafft Probleme, das schafft aber auch noch mehr Chancen – wenn man in der Lage ist, diese zu nutzen.

Wir erleben in diesem Zeitraum die digitale Revolution, das Internet und das Mobiltelefon und alle Devices und Gadgets, die es da gibt, die sind nicht älter als 20 Jahre, vielfach noch viel jünger, wenn Sie an Google oder die sozialen Netzwerke denken von facebook bis Twitter und Ähnliches mehr. Eine Entwicklung, deren Auswirkungen wir noch gar nicht abschätzen können, aber die schon voll im Gang ist. Das, was im arabischen Raum passiert ist, wäre ohne diese technischen Möglichkeiten nie denkbar gewesen.

Wir haben weiter eine zunehmende Weltbevölkerung, die inzwischen schon sieben Milliarden erreicht hat und bis Mitte des Jahrhunderts auf neun bis zehn Milliarden zugehen wird – mit all den Problemen, die damit verbunden sind, aber wiederum auch mit allen möglichen Chancen.

Alle Kontinente werden in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen, ausgenommen der europäische. Der wird schrumpfen. Hier ist die Alterung – neben Japan – am weitesten fortgeschritten. Der Herr Präsident hat schon auf das demografische Problem hingewiesen. Das ist auch nicht nur ein Problem, sondern auch durchaus eine Chance, wenn man die richtigen Schritte setzt und wenn man seine Hausaufgaben macht.

Jedenfalls hat in dieser Situation – und ich höre jetzt schon mit einer globalen Betrachtung auf – Europa sehr große Chancen, aber auch gewaltige Herausforderungen. Und das gilt insbesondere auch für Österreich innerhalb Europas. Europa steht vor der Aufgabe, sich weiter zu integrieren oder durch Renationalisierung und Rechtspopulismus oder jede andere Art von Populismus wieder zu zersplittern. Aber dann ist es – und kann es auch nicht anders sein – kein Mitspieler auf der Weltbühne, sondern ein Zuschauer oder ein Spielball. Wir haben das erlebt bei der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 vergangenen Jahres, der amerikanische Präsident ist gar nicht mehr zum EU-Gipfel mit Amerika selber gekommen. Also es gibt viele solche Beispiele. Für die Chinesen sind wir in Europa sicher kein Hauptansprechpartner, sondern höchstens nützlich, wenn's in ihr Spiel hineinpasst. Aber ihr Spiel ist vis-à-vis in erster Linie der Vereinigten Staaten, die von 300 Millionen oder 320 jetzt schon bis zur Jahrhundertmitte auf 400 Millionen an Bevölkerung zunehmen werden.

Dass diese Bevölkerungsentwicklung in anderen Ländern noch gravierender ist, wie in Russland oder Japan, ist für uns kein Trost. Und dass sie sehr bald auch China erfassen wird, ist auch keine Beruhigung. Von China sagt man – nicht zuletzt aufgrund der Ein-Kind-Politik, die ja nicht zu 100 Prozent durchgeführt wurde, daher stimmen auch die Bevölkerungszahlen nicht. Von den 1,35 Milliarden Menschen, die es offiziell geben soll, kommen – sagen chinesische Fachleute – wenigstens 150 Millionen Dunkelzahl dazu. Daher ist das Verhältnis zwischen jungen Frauen und Männern auch nicht so dramatisch, wie die

offiziellen Zahlen das deutlich machen. Aber das ist jetzt schon ein Detail für sich. Jedenfalls sagt man dort, die Chinesen werden alt werden, bevor sie noch reich geworden sind. Denn die Zunahme, die sie erreicht haben, ist phänomenal in 30 Jahren, aber wenn man es pro Kopf betrachtet, ist das noch immer bescheiden. Und die Unterschiede zwischen den großen Küstenstreifen im Osten und Süden des Landes und dem riesigen Hinterland, Binnenland, mit 800 Millionen, die nach wie vor unter bescheidensten Verhältnissen leben – um es camouflierend zu formulieren – sind gigantisch und natürlich auch eine Quelle unglaublicher und nicht ungefährlicher Spannungen.

Jedenfalls – um diesen Gedanken abzuschließen: Wir Europäer haben eine Chance, wenn wir uns mehr und sinnvoll integrieren und nicht, wenn wir glauben, wir fallen in unsere nationalstaatlichen Schrebergärten zurück. Die sind auch für den Größten – in dem Fall Deutschland, aber auch die anderen, Frankreich oder Vereinigtes Königreich oder Italien – viel zu klein, um auf der Weltbühne irgendeine nennenswerte Rolle spielen zu können, aus vielen Gründen. Und wir werden lernen müssen umzugehen – viel rascher, als wir das bisher tun – mit der demografischen Problemsituation, die – wie gesagt – nicht nur Probleme einschließt, sondern auch Chancen mit sich bringt. Allerdings – vorweggenommen – mit noch weiterer Intensivierung der Frührenten gehen wir partout haarscharf den entgegengesetzten Weg, der eine Lösung bedeuten könnte.

Aber selbst unter diesen demografischen Verhältnissen wird entscheidend sein für Europa, ob wir unsere Talente als den wichtigsten Rohstoff mobilisieren können, ob wir Humankapital bestmöglich zur Nutzung bringen können, ob wir genug Anstrengungen unternehmen im Bereich von Forschung als Voraussetzung für Innovation, für neue Technologien und natürlich auch die Rahmenbedingungen sicherstellen für die Umsetzung. Wenn man alles und jedes durch Überregulierung und Überbürokratisierung abwürgt, behindert und in vielen Fällen verhindert, nützen die besten Forschungsergebnisse nichts, um das Potenzial zu retten. Soviel zu Europa.

Zu Österreich. Wenn Europa einen außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolg seit '45 erlebt hat, gilt das besonders für Österreich, wo man es auch noch am wenigsten erwarten hat können. Denken wir daran zurück, dass die Monarchie zunehmend – und das von den Napoleonischen Kriegen weg bis zum Ersten Weltkrieg – an Bedeutung verloren hat, zurückgefallen ist. Das lässt sich an tausend Beispielen, an installierten Dampfkraft-PS oder an Eisenbahnkilometern und was immer schön belegen. Habe ich früher einmal mit meinem schon verstorbenen Freund Haschek, dem damaligen Chef der Kontrollbank, in einem Biografieartikel über einen der wichtigsten Finanzminister des 19. Jahrhunderts, Freiherr von Bruck, versucht darzulegen. Das Restösterreich stand vor einem besonders schwierigen Problem und war ein polarisiertes, politisch gesellschaftlich gespaltenes Armenhaus, das sich manifestiert hat vor ziemlich genau 80 Jahren mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt. Aus anderen Gründen, als das Lehman war, und aus anderen Gründen, als die wir jetzt haben. Aber in der Bedeutung mindestens so groß für das Weltfinanzwesen, vielleicht damals noch größer, als das jetzt mit Lehman oder Griechenland und der dahinter stehenden Situation war. Aber das ist österreichische Wirtschaftsgeschichte.

Nun, diese positive Entwicklung in der Zweiten Republik, auf die dürfen wir stolz sein. Das ist hinreichender Grund, Vertrauen in uns selbst haben zu können. Allerdings alles andere als ein Grund zur Selbstzufriedenheit und schon gar nicht Selbstgefälligkeit, weil das auf jeden Fall schädlich ist und an die Hybris heranreicht. Es geht uns nicht schlecht, aber es geht uns nicht so gut, wie es uns gehen könnte. Und wenn wir nichts tun, auch die nächsten 10, 20 Jahre auch nicht gehen wird können. Bei allen Erfolgen, die wir bei Sonntagsreden – zum Teil zu Recht, zum Teil beschönigend – darstellen, dürfen wir nicht übersehen, dass wir in den letzten 15 Jahren – wie das die OECD im Länderbericht vom Jahr 2009, also mitten in der Krise oder zu Krisenbeginn, oder beim Sichtbarwerden der Krise, niedergeschrieben hat – an Boden verloren haben. Wenn man das mit gleichartigen Ländern vergleicht, etwa der Schweiz oder Schweden oder Finnland oder Dänemark oder den Niederlanden. Und in

unserer Nachbarschaft müssen wir insbesondere auch schauen, was in Bayern und Baden-Württemberg – nicht, was in Deutschland insgesamt – passiert. Schleswig-Holstein oder die neuen Bundesländer, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, können für uns nicht der Maßstab sein. Aber selbst wenn wir uns mit Südtirol vergleichen wollen – jetzt kann man sagen, die sind begünstigt durch das Autonomieabkommen bei den Steuern. Das ist schon richtig, aber die Begünstigung ist ja erst entstanden, weil sie das aus dem Autonomieabkommen gemacht haben. Das war ja nicht die Absicht in Rom. Da haben sich die halt verrechnet. Aber das ist das Verdienst der Südtiroler, dass sie sich verrechnet haben.

Und was die Zukunft Österreichs angeht, gilt es insbesondere sicherzustellen, dass wir unsere industrielle Basis nicht verlieren oder dass wir nicht zulassen, dass die schrumpft. Weil wenn das passiert, gibt's überhaupt keinen Wechselkurs, der das korrigiert. Wenn eine Industrie einmal weg ist, dann gibt's keinen Wechselkurs, der sie von heute auf morgen wieder zum Entstehen bringt. Ich will nicht sagen, dass der Wechselkurs unerheblich ist, aber seine Bedeutung wird denn doch oft überschätzt. Das können Sie am besten am Beispiel Japan ablesen. Die Japaner haben ihren Wechselkurs aufgewertet in den letzten 40 Jahren von 300 Yen gegenüber dem Dollar auf 82 – in die Gegend, was weiß ich, was heute der Kurs war. Also eine vielfache Aufwertung. Aber ihre industrielle Kraft haben sie dennoch nicht verloren. Und der Dollar, wenn man es auch in Schilling noch zurückrechnet, ist von 26 Schilling auf 9 abgeschwächt worden, aber es hat nicht die industrielle Kraft der Amerikaner gesteigert. Die liegt woanders, was aus den Innovationen gekommen ist, also Internet, Microsoft, Google, Apple und andere dieser Firmen. Das ist die Stärke der Amerikaner, die uns in Europa fehlt. Wenn Sie sich vorstellen, dass von den vielen Mobiltelefon-Herstellern praktisch nur mehr Nokia übrig ist, und die sind – nicht im Sinkflug – im Sturzflug. Bleibt also davon in Europa, wo das durchaus entstanden ist, fast nichts mehr übrig. Also die industrielle Basis, ein ganz wichtiger Faktor.

Womit ich die anderen nicht gering achten will – Qualitätstourismus und Qualitätslandwirtschaft usw. Und entsprechende Dienstleistungen, ist ja keine Frage. Gehört zum Cocktail dazu, aber ich kann nicht genug betonen und habe das auch als Finanzminister immer so im Kopf gehabt und, so gut man konnte, die Politik darauf ausgerichtet, dass einfach die industrielle Basis das Kernstück unserer Exporte, unseres Wohlstandes, unserer Wettbewerbsfähigkeit ist.

Nun, es ist überhaupt keine Frage, dass gerade für diesen Bereich aber qualifizierte Mitarbeiter, Humankapital, Kreativität, ganz wichtige Elemente für den Erfolg sind. Und damit komme ich dann schon zum Thema, das dankenswerterweise der Herr Präsident schon in der Einleitung deutlich gemacht hat. Dass es beängstigend, zumindest beunruhigend ist, dass wir im Bildungswesen eine so schlechte Position haben. Und sie ist in den letzten 15, 20 Jahren so deutlich schlechter geworden. Wenn ich Sie daran erinnern darf, dass die Frau Minister Gehra, als sie ihr Amt antrat im Jahr '95, gesagt hat, sie will, dass wir in zehn Jahren unter den besten Fünf sind – so hat sie die Fünf erreicht – oder wir. Aber nicht der Besten, sondern der Schlechtesten. Obwohl wir eines der teuersten Bildungswesen haben. Und wenn Sie die OECD-Statistik sich zu Gemüte führen, dann sehen Sie, dass von zwei Euro, die ins Bildungswesen gesteckt werden – also Schulwesen, genauer gesagt – nur einer im Unterricht ankommt.

Und das Bildungswesen ist nun einmal für die Zukunft das Wichtigste. Und es beginnt im Elementarbereich, in den Kindergärten, die als Spiegelbild unseren gesellschaftlichen Wirklichkeit Ganztagsbetreuungsstellen und Schulvorbereitungsstellen sein müssen, weil es immer mehr allein erziehende, allein verdienende Mütter gibt oder mit berufstätige gibt. Ob das eine die KassiererIn bei Billa oder Spar ist oder die andere Zahnärztin ist oder wissenschaftliche Assistentin im Forschungsbereich ist, das ist ja völlig gleichgültig. Und das zieht sich dann in die Schule fort, wobei schon die Übergänge nicht funktionieren. Weil wenn nicht volksschulfähige Kinder in die Volksschule gehen, ist das eine Katastrophe für die

Kinder. Und es ist eine Behinderung für den Unterricht. Und, meine Damen und Herren, immer zu glauben, dass das nur Migrationshintergrundskinder sind, das ist eine Selbsttäuschung, ein Selbstbetrug, weil es viele aus bildungsfernen Schichten angestammterweise bei uns selbst gibt.

Und so brauchen wir auch im Schulbereich breite Ganztagschulangebote und die dafür notwendigen Einrichtungen. Das ist ja sogar ein großer Konferenzraum, aber ob er groß genug ist für 120 Lehrer, kann man auch noch bezweifeln. Aber eine HTL ist ja mehr oder weniger eine Ganztagschule. Und wie ich gesehen habe, habt's ihr noch Abendkurse, um die Infrastruktur zu nutzen. Das ist in vielen Fällen gar nicht der Fall oder auch gar nicht möglich. Wir haben Schulen mit 9, 12, 18 Kindern – und die sollen aber einen Turnsaal haben oder einen Sportplatz. Haben sie natürlich nicht, kann sich ja auch nie rechnen. Eine gescheite Schulbusverbindung kostet einen Bruchteil. Also da ist vieles zu tun.

Und die Diskussion in dem Zusammenhang, ob das gemeinsame Schulen oder Gesamtschulen sind und wie lang, geht an der Wirklichkeit vorbei. Weil überall dort, wo es keine Untermittelschule gibt, gibt's logischerweise nur eine Hauptschule. Und wenn wir sie jetzt neue Mittelschule nennen, ist es noch immer nicht was anderes. Es ist eine gemeinsame Halbtagschule, und das 182 Tage Schulanwesenheit. Und wenn Sie's durchrechnen, 150 Tage Unterricht – halbtägig – wenn's hoch kommt. Dass man den Stoff in der Zeit optimal bewältigen kann – nicht für die Lehrer, bitte mich von Lehrerseite zu korrigieren. Bei einer Veranstaltung letzte Woche in Velden waren 50 Prozent aus der Lehrerschaft, in verschiedenen Positionen – alle, aber unisono, derselben Meinung. Und das zeigt aber, dass im Schul- und Bildungsbereich Kärnten – wie in vielen anderen Bereichen – gegenüber anderen Bundesländern zurück liegt oder auch zurückgefallen ist, wie Ihre demografischen Hinweise gezeigt haben, aber im Bildungsbereich ist Kärnten an vorderster Stelle zu finden und hat das auch dankenswerterweise in der Landeshauptleute-Konferenz zum Ausdruck gebracht und abstruse Ideen geholfen zu verhindern. Also das sei mit großer Anerkennung angemerkt.

Aber das ändert nichts daran, dass es das Gesamtproblem natürlich auch in Kärnten gibt, aber in anderen Bundesländern in einem noch viel größeren Ausmaß. Allerdings mit dem Verständnis, dass die bevorstehende Pensionierungswelle der Lehrer – wie ein Tsunami geradezu, wo die Babyboomer-Jahrgänge in Pension gehen – dass wir eine dramatische Lücke bekommen. Schon jetzt an Volksschullehrern und in weiterer Folge an Pflichtschul- und AHS-Lehrern. Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich fürchte, auch nicht sehr viel besser. Und wenn man denkt, dass vor vier Jahren noch vom Bildungsministerium gesagt wurde: Ja nicht Lehrer werden, wir haben keine Jobs für euch. Und vor zwei Jahren, als diese lächerliche Diskussion war, zwei Unterrichtsstunden mehr – ja, die Junglehrer kriegen dann keinen Job. Also ich weiß nicht, in welcher Welt die, die das gesagt haben, gelebt haben. In der österreichischen Realität nicht, nur in ihrer Funktionärsinteressenswelt ganz offensichtlich. Und da muss man hinzufügen, es können nicht ein paar Dutzend Funktionäre und ein paar verirrte Landesvertreter das Land und seine Zukunft in Geiselschaft halten – was sie tun.

Und das zieht sich weiter an die Universitäten. Wir haben 220.000 Studenten, die Schweiz hat 170.000, aber der Output und die Qualität des Outputs in der Schweiz ist um Lichtjahre besser als bei uns. Für diese 220.000 Studenten an 22 Universitäten, die hauptsächlich kein Steuerungsinstrument zum Unterschied von den Fachhochschulen, geben wir 2,6 Milliarden aus. Für die Umschulung von 70.000, die nichts bringt oder fast nichts bringt, geben wir 2 Milliarden aus. Also wenn das kein Missverhältnis oder keine Verschwendung ist, weiß ich nicht. In Wahrheit ist das nur eine erhöhte Arbeitslosenunterstützung. Dort gehst hin, setzt dich hin, kriegst mehr – ist ja gescheit, aber eine Höherqualifizierung ist in den seltensten Fällen damit verbunden. Ich will nicht sagen 100 Prozent, aber der Wirkungsgrad ist also entsetzlich gering.



Also brauchen wir eine andere Organisation, andere Steuerungselemente. Und das für die Wirtschaftsuniversität in Wien anders als für die drei Technischen Universitäten. Die einen haben bei weitem zu viel und die anderen haben leider zu wenig und klagen, dass das Niveau, das zu ihnen als Maturanten kommt, nicht genügend ist. Die TU Wien hat immer Mathematik und I und II für Ingenieure gehabt und hat das noch immer. Aber sie können nicht anfangen, sie müssen Mathematik „0“ vorschieben, um die Mittelschulkenntnisse in Mathematik, die früher selbstverständlich waren, nachzuholen. Aber das ist nur ein Beispiel.

Langer Rede kurzer Sinn: Der wichtigste Bereich, wo es eines Anstoßes bedarf – womit ich nicht sage, dass andere Bereiche, Verwaltungsreform, Steuerreform, Spitals-, Gesundheitsreform, Pensionsreform last not least nicht auch von größter Wichtigkeit wären, aber schon mehr aus Finanzierungsgründen.

Ein letzter Bereich noch kurz angeschnitten: die Staatsfinanzen. Na, die sind nicht so schlecht wie in Griechenland, aber sie sind nicht so gut wie in der Schweiz oder Schweden. Mit Griechenland oder Portugal werden wir uns vielleicht nicht vergleichen wollen – brauchen wir auch noch nicht, immerhin sind wir noch eines der sechs Länder in Europa, die ein Triple A oder das Attribut der höchsten Kreditwürdigkeit haben. Aber wir sind das gefährdetste von den sechsen, diese Kreditwürdigkeit zu verlieren. Das versetzt natürlich das Finanzministerium in panische Ängste, weil eine Herunterstufung bedeutet sofort, dass der Zinsaufwand höher wird. Daher sind sie bei zusätzlichen Ausgaben in bestimmten Bereichen so zugeknöpft. Soweit kann man das ja verstehen. Auf der anderen Seite ist aber der eingeschlagene Konsolidierungskurs viel zu schwach, um unter Berücksichtigung der ausgelagerten Schulden – und immerhin sind die Staatsschulden unter Einbeziehung der ab 2000 ausgelagerten Schulden, hauptsächlich beim Bund, aber zum Teil auch bei den Spitälern bei den Ländern, von 133 Milliarden auf 250 gestiegen in dem letzten Halbjahrzehnt. Da hat sich das verdoppelt und in Prozent heißt das, von 67 Prozent auf 92 Prozent, wenn man das alles mitrechnet, schon jetzt gestiegen. Und mit dem Budgetpfad, der beschlossen wurde, wird das nicht besser. Das heißt, da ist ein Zusatzbedarf.

Und gleichzeitig brauchen wir aber mehr für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Jetzt sagt jeder: Also Herr Androsch, woher soll das Geld kommen? Dann sage ich: Erstens einmal hat das längst und immer wieder der Rechnungshof aufgelistet, im Ausmaß bis 20 Milliarden, wahrscheinlich sind's 30, eine Frage des Zeitraumes – oder das Wirtschaftsforschungsinstitut. Kurzfristig wenigstens vier bis fünf Milliarden. Und allein ein Jahr späterer effektiver Pensionsantritt – das Regeljahr wäre ja 65, das faktische ist 58 – bringt 1,7 Milliarden. Wenn ich fünf nehme, bin ich schon bei 8,5 Milliarden. Die Haklerregelung aus 2003 ist ein Irrwitz und ein Unfug, kostet jetzt schon 1,6 Milliarden. Wenn man einen Hakler findet, muss man ihm eine Auszeichnung geben, weil das sind Beamte oder Ärztogattinnen oder ein Sparkassendirektor, die gehen in die Haklerregelung. Weil das entweder ein Vorteil ist für die Betroffenen, die machen dann mit Pension das weiter, was sie vorher gemacht haben. Oder die Sparkassa verbessert ihre GuV-Rechnung und nimmt sich einen Jungen, spart sich die Differenz und schiebt die Differenz in den Transferhaushalt. Also als Familie Österreich haben wir uns überhaupt nichts erspart. Und das ist seit 15, 20 Jahren so betrieben worden, und das hat die Schiefelage der Staatsfinanzen herbeigeführt, und nicht erst die Banken- und Finanzkrise und als Folge die Wirtschaftskrise. Und die Banken- und Finanzkrise ist längst nicht gelöst – das habe ich, glaube ich, schon eingangs anmerken können.

Und wenn wir nur einen Bruchteil dieses Einsparungspotenzials, wo Ausgaben verschwendet, missbräuchlich getätigt werden, Ineffizienzen sind – wenn Sie denken, wo wir neun verschiedene Landesrechte haben. Und da brauchen wir auch die Beamten, die das verwalten. Wenn Sie ein Haus bauen, wo ein Teil in dem Bundesland ist und der andere in jenem, nach welchem Baurecht gilt denn das dann? Oder Wasserrecht oder Jagdrecht. Also wer eine Jagd hat und die zufällig in zwei Bundesländern ist, dürfen Sie Ihren Bock da schon schießen und dort noch nicht. Ich meine, da ist es an sich wurscht. Und so schaut die

Jugendwohlfahrt wohl auch aus. Also wir haben zehnmal so viele Landesbeamte wie Beschäftigte in den Bezirkshauptmannschaften, und die haben nicht zu wenig. Aber dort erfolgt ja die Verwaltung, was dann die zehnmal so vielen Landesbeamten machen, weiß ich nicht. Und das Dienstrecht – wir haben 42.000 aktive Bundesbahnbedienstete, die Schweizer haben 27.000. Wir haben 24.000 Beamte im Bundesheer für 11.000 Wehrdiener, von denen 3000 militärisch einsatzfähig sind. Die Schweizer haben 8000 in der Verwaltung, also ein Drittel. Der Unterschied ist eine Milliarde.

Also jetzt höre ich auf, Sie zu langweilen. Die Gegenfinanzierungsvorschläge hat der Rechnungshof aufgelistet, hat das WIFO aufgelistet. Und ich bin so arrogant zu sagen, ich biete mich jederzeit an, beratend zur Verfügung zu stehen, um da zu helfen. Womit ich nur zum Ausdruck bringen will, also an Geld und der Ausrede, dass es an Geld fehle, kann es nicht und braucht es nicht zu scheitern. Was wir brauchen, ist Perspektive und Gestaltungswillen und Gestaltungsmut. Aber nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei uns. Jetzt werden Sie sagen, die Regierung – die Regierung ist ein Spiegelbild von uns selber. Und dann dürfen wir uns aber nicht wundern, dass die so sind, wie wir sein wollen, aber kritisieren, dass die Regierung und die Politiker eben so sind. Da machen wir es uns zu billig.

Und da meine ich, dass das Volksbegehren eine Möglichkeit ist, sich zu artikulieren und nicht nur ein indifferenter, lethargischer Raunzbürger zu sein, sondern ein engagierter Citoyen, um es am französischen Beispiel festzumachen. Und es genügen aber nicht die Worte, sondern es müssen Taten folgen. Wie der Theaterdirektor beim Faust sagt: Der Worte sind genug gesprochen, jetzt will ich Taten sehen. Wir haben jetzt erst kürzlich erlebt, dass die Regierung erfreulicherweise eine Strategie für Forschung, Technologie und Innovation beschlossen hat. Zielsetzungen, Absichtserklärungen, ausgezeichnete Armut – äh, Arbeit. (*Lachen*) Ich wollte sagen, es fehlt aber die Umsetzung – road map – und es fehlt der Finanzierungspfad. Und nicht zur Freude der Betroffenen wird der Rat und sein neuer Präsident nicht müde, sie darauf aufmerksam zu machen, und lässt die Ausrede eben nicht gelten, dass wir das Geld nicht hätten. Wir müssen's nur richtig und effizienter verwenden.

Und lassen Sie mich mit einem Zitat von Hegel schließen, er hat gesagt: Die Wahrheit der Absicht ist die Tat. Und das ist das Entscheidende. Wir haben die Möglichkeiten, aber wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Ihre Anwesenheit zeigt das Interesse und ich verbinde das mit der Hoffnung, dass viele Österreicherinnen und Österreicher mit ihrer Unterschrift wenigstens beitragen, dem einen Anstoß und einen Anschub zu geben. Nicht von ungefähr unterstützen das Volksbegehren die Industriellenvereinigung, dankenswerterweise insgesamt die österreichische Hoteliereinigung mit gleicher Vehemenz, die katholische Aktion, die Kinderfreunde – das geht von Grün bis zu den Orangen im parteipolitischen Spektrum. Also von dieser Seite her ist auch dokumentiert, dass es eine überparteiliche Initiative ist. Aber die nur dann eine Wirkung hat – und die ist ja mit dem Volksbegehren selber nicht erledigt, sondern nur, wenn es zur Umsetzung gelangt, dass wir einen möglichst starken Anstoß und einen kräftigen Anschub geben. Und wenn Sie dazu beitragen können, dann leisten Sie für die Zukunft des Landes auch in Generationengerechtigkeit und damit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität einen wichtigen Beitrag. Und Ihnen darf ich herzlich für Ihr Kommen und Ihre Aufmerksamkeit danken.

### **Petschnig:**

Sehr geehrter Herr Dr. Androsch, vielen Dank für Ihre interessanten Statements vom Raunzbürger zum Citoyen. Ich glaube, das ist das Schlagwort auch für den Beginn der Diskussion. Und ich darf einfach gleich den Ball zu Ihnen hinüberwerfen und schauen, wer ist der Erste, der unseren Vortragenden hier – bitte, Prof. Schneider.

*Ich stimme mit Ihnen überein, was die Chancen Europas anbelangt. Das heißt, ich glaube, dass wir langfristig in einer globalisierten Welt nur durch eine stärkere Integration sowohl*

*politisch als auch wirtschaftlich eine Chance haben. Man sieht ja jetzt bei den Rechtspopulisten, die das ganz anders sehen. Aber ich halte das für (unverständlich) Die Frage ist nur: Wird man nicht anfangen müssen, über Strukturen nachzudenken? In keinem Unternehmen kann man, wenn ein Unternehmen wächst, wird ein Unternehmen sich verändert, der Markt sich verändert, die Strukturen immer gleich lassen. Mir kommt vor, in Österreich ist das aber so. Österreich hat ja eine relativ kleine Einwohnerzahl, etwas über acht Millionen, knapp neun Millionen. Das ist etwa halb so viel wie in Nordrhein-Westfalen. Kleiner als Bayern, kleiner als Baden-Württemberg. Wir leisten uns aber neun Bundesländer. Kärnten mit 500.000 Einwohnern hat einen riesigen Verwaltungsapparat, den wir durchfüttern müssen. Die Frage ist – und es ist ja nicht nur, dass wir die Leute bezahlen müssen, sondern es ist auch so, dass sie Sand ins Getriebe werfen. Wenn man sich gerade im Hinblick auf die Schulreform anguckt, was da passiert in Bundesländern, dann sieht man eigentlich, dass das wahnsinnig viel Sand ins Getriebe geworfen hat. Ein kleines Land wie Österreich mit knapp neun Millionen Einwohnern meine ich, kann mit einer Regierung auskommen. Wir brauchen diese Kleinstrukturiertheit nicht, denn (unverständlich) Wofür brauchen wir diese vielen Gesetzgebungsbehörden? Sie haben die Bauordnung und viele andere Dinge erwähnt – das ist ja ein Witz, dass das permanent in jedem Bundesland anders ist. Also ich meine, hier könnten wir wahnsinnig viel Geld sparen und dieses Geld wirklich effizienter verwenden, nämlich für Bildung und Forschung und Entwicklung.*

### **Androsch:**

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, nur würde ich die Bundesländer belassen, weil sie in der österreichischen Geschichte seit dem frühen Mittelalter, seit dem Babenberger Heer oder wenn Sie wollen, auch noch früher, eine Quelle der Identifizierung, der Identität sind. Aber was passiert ist, ist, dass unser Länderföderalismus einfach aus den Rudern gelaufen ist. Man kann das gerade mit einem Vergleich von Bayern, das 50 Prozent mehr Einwohner hat, festmachen. Und zufällig so viele Regierungskreise hat, wie Österreich Bundesländer hat. Und man möge sich vorstellen, dass jemand in München in die Staatskanzlei geht und sagt: Jedes Bundesland macht seine eigene Bildungspolitik. Der wird sofort in die Psychiatrie abgeführt, ist überhaupt keine Frage. Aber bei uns leben wir das. Und es war ja im Herbst gerade schon fast soweit, dass auch noch die Bundeslehrer verländert worden wären. Wenn da nicht einerseits zwei Landesvertreter sich dagegen gestellt hätten, nämlich der Kärntner und die Burgstaller in Salzburg, und dann vollends die Initiative des Volksbegehrens. Und daher stehe ich nicht an zu sagen: Der Vater des Volksbegehrens ist der niederösterreichische Landeshauptmann. Weil der hat bei mir das Häferl zum Übergehen gebracht – und das noch einen Monat, bevor die PISA-Studie veröffentlicht wurde. Und da gab's schon so halbe Vereinbarungen in der Richtung, ist ja unlängst auch in den Medien gestanden, sonst hätte ich's nicht erwähnt. Ob die was geholfen hätten im Gegengeschäft, das sei dahingestellt. Also da haben wir einen ersten Erfolg in dieser Kombination erzielen können, aber der ist defensiv, dass das nicht auch noch passiert ist. Aber noch lange nicht erreicht, dass das gesamte Bildungswesen strategisch in der Ausrichtung, der Vorgabe, vom Bund gemacht wird. Und auf der anderen Seite die Schulen eine viel größere Autonomie erhalten, wie das in der ganzen Welt üblich ist. Ob das Kanada ist oder ob das Schweden ist, ob das Finnland ist, ob das Neuseeland ist, Australien, Südkorea, Singapur – was immer Sie an Beispielen heranziehen. Es kann ja nicht sein, dass wir von 34 OECD-Staaten den viertvorletzten Platz, gerade noch vor der Türkei und Mexiko, erreicht haben. Das ist ja alarmierend. Aber das Entsetzliche ist auch gleichzeitig: Die Betroffenheit darüber hält sich in überschaubaren Grenzen. Die Leute sagen: Ja, Herr Androsch, dass Sie sich das antun, aber toll, dass Sie das machen. Ja, soll ich das – ob ich mir was antue? Ich begehe ja nicht Suizid, ich hau mir kein Messer hinein, ich tu mir gar nichts an. Aber ich bitte Sie – und nehmen Sie viele mit – gehen Sie unterschreiben. Das wäre wenigstens ein Beitrag eines engagierten Bürgers. Und es gibt ja eine ganze Fülle von Organisationen, die das ähnlich sehen und sich dazu bekennen und sich dabei einbringen. Weil nur sich auszuheulen, dass die da oben nichts zusammenbringen – das mag ja wohl stimmen. Aber das ist zu wenig, wir müssen auch unseren Beitrag leisten.

Ich würde – um das zusammenzufassen – die Länder in ihrer Identität schon belassen. Ein amüsanter Beispiel: Als mein Freund Wallnöfer – legendärer Landeshauptmann von Tirol – noch gelebt hat, da war irgendwann einmal eine Idee, dass man Osttirol an Kärnten anschließt. Da hat er gesagt, dann rückt er mit den Standschützen aus. Also ein österreichischer Bürgerkrieg – haben wir eh schon gehabt. Aber der hat uns genügt, würde ich sagen. Die Länder würde ich lassen, aber das ist aus den Rudern gelaufen. Die Landeshauptleute-Konferenz steht nicht einmal in der Bundesverfassung und glaubt, sie hält sich eine Regierung – da wedelt der Schweif mit dem Hund.

*Grundsätzlich geht mir bei dem gesamten Projekt auch vor allem ein Teil ab, der ca. 45 Prozent aller 15-Jährigen in Österreich betrifft – das ist die Lehre und die Lehrlinge. Und speziell auch die Industriellenvereinigung wird ein Interesse daran haben, dass sie sagen, uns fehlt ja der Facharbeiter. Und die Diagnose, die da gestellt wird, geht hin von fehlenden Deutschkenntnissen, fehlenden Mathematikkenntnissen – das kann sehr wohl stimmen. Nur, wir aus dem Berufsschulwesen stellen einfach auch fest, dass die Betriebe mit diesen Jugendlichen in der Ausbildung überfordert sind, dass es in 35 bis 40 Jahren keine Anpassung des dualen Systems an die veränderten Eingangsvoraussetzungen gibt. Da gibt's ganz einfach eine Grundlage dazu. Wir haben vor 30 Jahren ca. 15 Prozent Jugendliche gehabt, die weder eine Lehre noch eine Schule gemacht haben, sondern Hilfsarbeiter geworden sind. Da hat's einen Markt dafür gegeben, die haben Einkommen gehabt, die haben Tätigkeit gehabt. Und diese Arbeitsplätze sind alle weg. Und die gesamte erste Leistungsgruppe der Hauptschule ist aus der Lehre ausgewandert in die BHS bzw. früher in die AHS. Und die damaligen Hilfsarbeiter sind in die Lehre eingewandert. Man versuchte das bisher so zu lösen, dass man den Betrieben sehr viele Möglichkeiten der Förderung gibt, dass zum Beispiel auch Lehrwerkstätten usw. gemacht werden. Nur, das Ergebnis ist das, dass eigentlich der Facharbeitermangel nur noch größer wurde und man das Gefühl hat, dass man einen Teil der Jugendlichen in dieser Ausbildung einfach direkt zum AMS ausbildet. Da sind wir eigentlich in dem Bereich – auch die Berufsschule – gefordert, dass wir einfach sagen, wo können wir den Jugendlichen eine Hilfestellung bieten, und wo können wir vor allem auch den Betrieben mit unserer Ausbildungsqualität eine Unterstützung bieten. Und das ist eine ganz einfache Geschichte: hauptsächlich eine höhere Anzahl von der praktischen Ausbildung in den Berufsschulen. Und es ist nicht der Weg der Lehrwerkstätten der richtige, weil da wird punktuell sehr viel Geld hineingegeben und das steht eigentlich nur sehr wenigen Jugendlichen zur Verfügung. Ein Beispiel vielleicht in Kärnten: Das Land Kärnten fördert Lehrwerkstätten mit ca. drei Millionen Euro, und das kommt ca. 250 Lehrlingen zugute. Damit könnte der Berufsschulbereich 9500 Lehrlingen zumindest 14 Tage mehr praktischen Unterricht bieten. Und es hat jeder Lehrling meiner Meinung nach – egal, ob er in Lavamünd oder in Heiligenblut und ob er Tischler oder Mechaniker lernt – den selben Anspruch, eine wirklich gute Basisqualifikation zu erreichen, sowohl im praktischen Bereich als auch im Bereich seiner Persönlichkeitsentwicklung. Und da kommen wir wieder zu den bildungsfernen Schichten.*

### **Androsch:**

Ja, ich bin vollkommen Ihrer Meinung. Es ist angedeutet im Volksbegehren, aber wir haben eine Seite von Gesetzes wegen Platz und den ganzen Bildungsbogen kann man da nicht ausführlich behandeln. Ich kann mich voll Ihrer Meinung anschließen und untermauere das noch mit folgenden Zahlen: Zehn Prozent der Alterskohorte erfährt keine Ausbildung – zehn Prozent. Was passiert mit denen? Nicht nur, dass das ein Schaden für die Wirtschaft ist – was passiert mit dem Einzelnen ohne Ausbildung? Wie soll der selbstbestimmte Lebensweg denn dann ausschauen? Der mündet irgendwann in irgendeiner Arbeitslosigkeit, später in der Sozialhilfe und danach in der Frühpension – im besten Fall. Im schlechtesten Fall in schwedischen Gardinen. Das können wir, das dürfen wir uns nicht leisten, aus sozialer Verantwortung, aus humanistischer Wertvorstellung, aber auch nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Also ohne Zweifel muss hier auch eine ganze Menge passieren, dass wir zu einer zeitgemäßen – wie Sie es, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gemeint haben – Lehrausbildung kommen. Weil das duale System hat ja Sinn. Aber es muss auch

durchgängig gemacht werden. Warum soll es nicht möglich sein, eine Lehrmatura zu machen nach einiger Zeit? Warum gibt es, glaube ich, nur eine einzige Mittelschule – ich glaube, Hallein – die eine Lehre mit einbindet in den Oberstufenunterricht? Das ist ein ganz wichtiger Aufgabenbereich. Ein erstes Verständnis kommt vom Sozialminister, der sagt, wir müssen Ausbildung verpflichtend machen. Also wenigstens einmal ist das im Verständnis angekommen. Aber wir müssen drängen, dass das auch zu einer Umsetzung kommt. Wir können uns aus vielen Gründen – um das auf den Punkt zu bringen – nicht leisten, dass zehn Prozent der Alterskohorte jeweils ohne Ausbildung verbleibt, weil die Bildungsvoraussetzungen einfach fehlen. Die 15-Jährigen – 20 Prozent sind praktisch Analphabeten. Selbst die, die sich um eine Lehre bewerben – weiß ich nicht, bei der VOEST – 300, davon werden 60 aufgenommen, und die müssen aber nachgeschult werden, damit sie lehrfähig werden. Das ist bei Boehler so und ist bei der Wiener Städtischen so – unzählige Beispiele. Wir haben nicht zu wenig Lehrplätze, wir haben zu wenig ausbildungsfähige Lehrlinge. Und wenn Sie berücksichtigen, dass die Geburtenrate sich in den letzten – was weiß ich – Jahrzehnten von knapp 140.000 auf 70.000 – ein bisschen drüber – halbiert hat, wird das noch zunehmen. Und dann sind wir noch gegen die Migranten. Aber wir haben schon 450.000 offizielle und 100.000 allein nichtoffizielle im privaten Pflegedienst. Und da ist die größte Gefahr, dass die gar nicht mehr kommen. Je besser es den Slowaken geht, umso weniger werden die zu uns kommen in die private Pflege. In ein paar Jahren schauen wir auch auf diesem Gebiet eher alt aus. Das ist nur ein Detail am Rande dazu.

*Ich bin allein erziehende Mutter, Technikerin (unverständlich) viel im Ausland herumgereist, habe auch studiert im Ausland, Amerika, Asien und so. (unverständlich) Es ist nicht so toll. (unverständlich) Ich bin Mutter von einem Zehnjährigen, also wir haben bald die Volksschule durch. Und ich sehe einfach, dass die Volksschulen, die ich bis jetzt kenne, einfach wirklich arm waren. Sie haben überhaupt keine Ausrüstung. Da stehen uralte PCs drinnen, die nicht benutzt werden – oder ein PC zumindest. (unverständlich) Wir müssen betteln, damit wir überhaupt Bücher kriegen oder damit wir einen Ausflug irgendwohin machen können oder so. Also eine große Belastung für sehr viele Eltern, die teilweise mehrere Kinder in der Schule haben. Und ich denke, was jetzt die Bildung betrifft – wir haben ja keine Bücher gehabt, oder Zettel, die kopiert worden sind, wo man das rausreißen hat können. Es ist das größte Problem, glaube ich, dass Kinder immer etwas vorgesetzt kriegen, das nachfahren und einfach nicht abspeichern. Ich glaube, ein Schritt zurück in die Art, wie wir es gehabt haben, ist vielleicht gar nicht so schlecht ganz am Anfang. Vor allem, was ich jetzt sehr positiv finden würde, wäre, wenn die Kinder, die einfach übers Fernsehen (unverständlich) da die Möglichkeit kriegen (unverständlich) in der Schule überhaupt nicht in der Richtung gefördert werden, weil es einfach die Möglichkeiten nicht gibt oder weil einfach die Lehrer nicht ausgebildet sind oder weil einfach der Lehrplan – und das ist jetzt das größte Problem – dafür nicht geeignet ist oder die Zeit nicht ausreicht. (unverständlich) Das ist der erste Schritt, um irgendwie (unverständlich) dass Kinder am Anfang schon interessiert werden für – wie Sie ja gesagt haben – diesen technischen Zugang zu einem System wie Österreich, wo ich glaube, dass wir jetzt als Wissenschaftler oder als Studentin, die das selbst miterlebt hat in Amerika (unverständlich) Einfach das Beispiel: Wir haben einmal einen Professor in Amerika gefragt, warum habt ihr nicht das ISO-System, warum ist noch immer das britische System? Und der hat gesagt (unverständlich) Und da habe ich mir gedacht, okay, das kann jetzt einfach nicht sein, dass eben Amerika sagt, wir wollen überhaupt nichts vom Rest der Welt abschauen, weil es uns nicht interessiert (unverständlich) Wir sind auf jeden Fall diejenigen, die einfach wirklich (unverständlich) Und das ist, glaube ich, sehr, sehr wichtig (unverständlich) Und deswegen ist es wichtig, dass wir da anfangen (unverständlich)*

### **Androsch:**

Ja, Baustellen gibt's also über den ganzen Bildungsbogen, und gar keine kleinen, ich hab's ja angedeutet. Es ist ja schon der Übergang unbefriedigend in die Volksschule – was immer. So, jetzt haben wir das verpflichtende Vorschuljahr. Da sagen aber die Elementarpädagogen: Wenn mit fünf Jahren schon ein so großes Deutschsprachdefizit

besteht, in einem Jahr können wir das nicht kompensieren. Was einleuchtet – erster Punkt. Zweitens: Gleichgültig, ob dieses sechsjährige Kind in der Lage ist, volksschulreif zu sein – es kann entwicklungsretardiert sein, es kann verhaltensauffällig sein, es kann ein Sprachdefizit haben, was immer die Gründe sein mögen – nichts, es wird so in die Volksschule gegeben. Die dürfen nicht einmal sagen, was die Defizite sind, obwohl das noch gar nicht volksschulreif wäre. Dann nimmt man das Problem in die Volksschule mit – Katastrophe fürs Kind, behindert den Lehrer und alle anderen Schüler, logo. Das ist die eine Seite. Dort, wo Untermittelschulen sind, dann wollen wir in die Untermittelschule gehen. Dann wird ab der Dritten gesagt: Aber bitte, lauter Einser. Der darf in der vierten Klasse keinen Zweier in Zeichnen haben, weil dann wird er nicht genommen. Aber es fängt ja schon bei der Aufnahme an. Ich habe das jetzt erlebt bei meiner jüngsten Enkelin, die kommt jetzt in die Volksschule. Ja, was das für ein Theater ist, dass man überhaupt in eine Volksschule hineinkommt in Wien. Und in anderen Fällen wird Kinderhandel betrieben mit Hin- und Her-Melden und Schicken und Zurückkommen und ich weiß nicht, was alles, um die Klasse und die Schule, die keine Berechtigung mehr hat, weil die Kinder nicht mehr da sind, zu erhalten. Also da spielen sich ja abenteuerliche Dinge ab. Sie bestätigen nur, da sind wir beim dualen System von der Berufsschule her, da sagen Sie als Mutter, nachdem Sie die Volksschule gerade hinter sich haben – ich erlebe es bei meinen Enkelbuben, bei meinem Sohn, der 14 war, oder bei der Enkelin, die in die Volksschule kommt. Also Baustellen haben wir über Baustellen.

Und diese Diskussion, ob das eine gemeinsame Schule oder nicht gemeinsame Schule ist usw. – das ist ein Streit um des Kaisers Bart. Was hilft das der Zahnärztin oder der KassiererIn bei Billa oder Spar, diese Diskussion? Die hilft ihr überhaupt nichts. Und das versuchen wir aufzubrechen. Und das Erfreuliche ist, dass das Interesse schon groß ist. Ich ziehe da von Lustenau bis Mattersburg und von Hall bis Velden und von Scheibbs bis Leoben usw. Das Interesse ist groß und ich muss auch dankenswert festhalten, dass die Medien darauf eingehen. Und das Ganze ist mit der Hoffnung verbunden, dass man in dieses stehende Gewässer eine zukunftsorientierte Dynamik, eine Bewegung hineinbringt.

Vielleicht auch noch eine Anmerkung von uns als Industriellenvereinigung hier in der Landesgruppe. Wir haben uns heuer das Jahr der Bildung auf die Fahnen geheftet. Wir sind dabei, einen Musterkindergarten – unter Führungszeichen – auszustatten, wo wir ein Vorschullabor mit verschiedensten Betrieben gemeinsam ausstatten, wo wir Kinder in spielerischer Art zum Experimentieren bringen wollen. Das schaut total spannend aus, was dort im Moment passiert. Das werden wir in dieser Woche gemeinsam mit dem Kindergartenbetreiber quasi eröffnen. Ziel ist es, in jedem Bezirk einen solchen Kindergarten zu haben mit so einem Mint-Schwerpunkt, um das dort hinzubringen. Wir sind dabei, alle Volksschulen in Kärnten mit unseren Experimentierkästen auszustatten, sodass auch die Volksschulen die Möglichkeit haben dann, in Naturwissenschaften Experimente anzubieten. Weil in den Schulen die Physiksäle sind alle nicht verwendet. In den AHS hörten wir von vielen Bereichen, dass das viel zu gefährlich ist, nicht verwendet wird. Mein eigener Sohn geht in eine Schule, wo der wunderbar ausgestattete Physiksaal nicht verwendet wird, weil es zu gefährlich ist. Jetzt müssen wir nur schauen, wie wir da die Übergangsphase von den Volksschulen hinüberbringen in die Schulen, wie man damit umgeht. Und wir sind dabei, dass von unserer Seite in Form von Sponsoring von Betrieben, die dann auch vielleicht in irgendeiner Form eine Patenschaft für Schulen übernehmen, um das zu unterstützen, um die Lehrmittel zu beschaffen. Denn das, was Sie sagen, stimmt. An den Kindergärten schon überhaupt, da gibt's schon seit Jahren kein Spielebudget, keine Ausstattung mehr. Um hier irgendetwas zu tun, wo wir jetzt versuchen, da mit einem Beispiel einmal einen Zugang zu zeigen, wie es funktionieren kann, um hier spielerisch heranzukommen. Weil wir gehört haben, dass Kinderpsychologen sagen, was bis zum achten Lebensjahr nicht spannend ist, kommt nicht mehr. Das heißt, wir müssen diese Spannung bei Kindern jetzt schon herausbringen, um sie dann später auch für die MINT-Fächer interessiert zu haben. Das ist

unsere Aufgabe. Das tun wir also auch im kleinen Bereich hier bei uns in der Landesgruppe.

Und vielleicht auch noch eine Zahl, die interessant ist: Die Industrie wird heuer knapp 50.000 Arbeitsplätze schaffen und wird sie auch brauchen, um sie zu besetzen in unserem Bundesland. Und nachdem wir den obersten Repräsentanten des Arbeitsamtes ja auch da haben, haben wir im Moment fast zehn Prozent Arbeitslosigkeit in Kärnten, fast eine zweistellige – das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen, jetzt. Und die Industrie sucht im Moment über 50 Prozent der offenen Stellen – das war noch nie so hoch. Da ist der Industriebedarf mit über 50 Prozent der offenen Stellen, weil wir einfach die Qualifikationen, die wir brauchen, nicht matchen können. Weil wir sie einfach nicht finden. Also das wird sich aber noch enorm verstärken, weil einfach die Mitarbeiter, die da gesucht werden, im Moment am Arbeitsmarkt nicht vorhanden sind und weil wir jetzt versuchen müssen, die nachkommenden (*unverständlich*) attraktiv zu gestalten, wo es unserer Meinung nach in der Zukunft auch attraktiv sein wird. Das ist auch die Challenge, die wir hier im Land haben und wir versuchen, in unserem Bereich beizutragen.

Und letzter Hinweis dazu: Wir haben ein Mammutprojekt vor uns, das ist die internationale Schule, die wir in Kärnten brauchen. Wir haben hier ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in guten Jobs, in hervorragenden Positionen arbeiten, die aber in unser Bundesland nicht kommen oder es wieder verlassen, weil sie kein Schulangebot haben. Ein CEO eines bekannten Unternehmens hier in Kärnten, der über 200 Arbeitsplätze in Kärnten geschaffen hat, Filialunternehmen eines amerikanischen Konzerns, hat Kärnten verlassen. War aber ein großer begeisterter Kärntner unter Führungszeichen, weil seine Frau gesagt hat: Nachdem unsere Kinder in Triest in die Schule gehen – dort war die internationale Schule, die sie gewählt haben – und die Kinder 12 und 14 Jahre alt sind, das tu ich mir nicht an. Sie ist zurück nach Kalifornien gegangen und er ist ihr nachgefolgt. Das ist für uns ein echtes Problem. Das heißt, wir kämpfen also auch auf dieser Ebene ganz stark. Und wir sind ja hier in Kontakt, um einen ersten Schritt zu gehen. Das Potenzial ist da und es muss uns gelingen, hier attraktiv zu sein auf diesen Ebenen. Und wir haben es auch als Industrievertreter erkannt, dass wir hier eine Aufgabe haben. Wir werden versuchen, hier alle Kräfte auch zusammenzufassen, das ist eine ganz starke Kraft, die wir hier unterstützen. Aber wir werden es brauchen, weil das wird in nächster Zukunft – es ist eigentlich schon im Präsens, es passiert ja schon – aber in nächster Zukunft ganz stark begleiten in der Chancennutzung unseres Wirtschaftsstandortes – haben wir die MitarbeiterInnen, die wir brauchen, oder haben wir sie nicht. Und bekommen wir die international, wenn wir ihnen eine Schule anbieten, oder bekommen wir sie nicht. Also das wird eine ganz große Herausforderung sein, die wir unmittelbar an unserem Standort zu lösen haben werden.

*Ein Problem (unverständlich) das ist in meinen Augen Übersozialisierung. Wenn man heute einen Lehrer hat, der unfähig ist, den wird man nicht mehr los. Das heißt, der kann bis zur Pensionierung seine Unfähigkeit an den Schülern auslassen, es hat keine Konsequenzen. Wenn Sie einen Universitätsassistenten haben, der lange genug da ist, und Sie stellen fest, der macht seine Arbeit nicht vernünftig, Sie werden ihn nicht los. Und das Gleiche, würde ich sagen, gilt für Universitätsprofessoren (unverständlich) Man stellt dann manchmal fest, das war nicht das Richtige. Ich bin der Meinung, man müsste diese Leute – und zwar auf allen Ebenen – erstens evaluieren können, und wenn sie ihre Arbeit nicht entsprechend machen, auch kündigen können. Es ist völlig unverständlich, dass Leute bis zur Pensionierung ihre Zeit absitzen können.*

#### **Androsch:**

Ja, wir haben ja eben im Schulbereich sogar noch das Phänomen „schulfester Posten“. Das heißt, die sind nicht nur pragmatisiert, sondern auf diese Schule hin pragmatisiert, auch wenn dort keine Kinder mehr sind. Das sind Absurditäten und erlauben natürlich überhaupt nicht ein Personalmanagement.

*Entschuldigung, wenn ich unterbreche, aber Sie können auch Universitätsprofessoren, wenn die Studienrichtung aufgelassen wird, nicht versetzen. Und das ist natürlich der Wahnsinn. Da wird gerade eine Professur eingerichtet, obwohl da Professoren sind, die keine Beschäftigung haben. Völlig unsinnig.*

**Androsch:**

Mein Sohn hat drei Jahre eine hervorragende Mathematik-Professorin gehabt, die ist gegangen, aber noch relativ jung. Nicht zuletzt, weil sie zu ambitioniert und engagiert war. Also das war ein Element des Mobbing – das ist ja auch nicht erwünscht, wenn jemand zu engagiert ist. Jetzt hat er einen Mathe-Professor, da sind alle Eltern sich beschwerten gegangen, der Direktor sagt: Ja, weiß ich. Klassenvorstand: Weiß ich. Direktor sagt: Hab' ich mir nicht ausgesucht, kann nichts dagegen machen. Ich kann Ihnen nur anbieten einen Unterstützungsunterricht in der siebten Stunde. Also sechs Stunden am Stück, und in der siebten noch Mathe. Na, wenn wir uns zurückerinnern, Pubertät, 14 Jahre, die Aufmerksamkeit in der siebten Stunde – haha. Nicht? Wenn Sie ein Restaurant führen und der Koch kann nicht kochen oder nicht mehr, weil er trunksüchtig ist – alles schon dagewesen, nicht? Dann werden Sie sich trennen. So. Das kann ein Schuldirektor nicht, das kann ein Rektor – wie Sie es eben geschildert haben – an der Uni – na, bittschön, Personalmanagement muss anders aussehen. Bin ich vollkommen bei Ihnen. Ich habe es so pauschal angedeutet mit dem Hinweis, unsere Dienstrechte erlauben kein effizientes – weder kosteneffizientes noch qualitätseffizientes – Personalmanagement. Und ob man den Betroffenen was Gutes tut, das ist dann auch noch eine andere Frage. Dass man ihm eine ordentliche Sicherung geben soll, einverstanden. Aber bittschön dann nicht auf Kinder loslassen mehr – oder auf Jugendliche oder auf Studenten, das ist ja gleichgültig, worum es geht. Und da der Hinweis – wir sind ja auch noch zu sehr verhaftet dem Imitationslernen und nicht dem Innovationslernen. Und wie die Kinder reagieren. Erzählt mir mein Bub vor Kurzem, haben sie einen jüngeren Geografie-Professor, den werden sie Gott sei Dank behalten, der ist so toll. Sage ich: So? Was hat er gemacht? – Ja, stell dir vor, da gibt's ein Büro von der EU. Der ist dort hingegangen und hat Material geholt für jeden. Bah! Schon deswegen ist das so ein Bursch. Ich meine, ich will das nicht schmälern, dessen Initiative, dass er hingegangen ist und das Zeug dort abgeholt hat und gebracht hat. Reagieren sofort ganz begeistert, wenn man sowas macht. Und das ist ja eigentlich eine Trivialität, oder, was der gemacht hat. Aber anzuerkennen. Aber wie es ankommt bei den Jugendlichen. Also da haben wir einige Kilometer zu gehen.

**Petschnig:**

Das, glaube ich, ist die letzte – wenn es noch mehr gibt, fassen wir sie zusammen, dass wir eine letzte Runde machen – bitte.

*Salcher ist mein Name (unverständlich) an der Partnerschule da der HTL. Es sind heute viele Stichworte gefallen, die mich immer wieder auf eines hingewiesen haben, und zwar auf eine zusätzliche Baustelle im Bildungsbogen, wie es der Herr Doktor gesagt hat. Und zwar, der Kollege von der Berufsschule hat gesagt, Hilfsarbeiter sind in die Berufsschule gekommen, die Leute von der Berufsschule sind in die mittlere Schulen gekommen. Vom Landesschulrat hat man immer wieder gehört und vom Ministerium, ganz eine wichtige Sache in den Schulen ist es, dass man die Drop-out-Raten niedrig hält, dass die Leute herinnen bleiben. Und jetzt ergibt sich aber folgende Problematik. Wir haben uns an unserer Schule auch als erste Schule ISO-zertifizieren lassen. Und das Wichtigste, was wir bei der ganzen Geschichte gemacht haben, wieder dass wir geschaut haben, wie halten wir die Leute im System. Also möglichst alle Schüler herinnen halten. Und das führt aber jetzt zu einer ganz fatalen Situation. Und Sie haben gerade vorher das Stichwort gesagt vom Initiativunterricht. Der fällt dann weg. Das heißt, Sie haben gesagt, zehn Prozent von der Kohorte sind ein großes Problem am unteren Ende. Und aufs obere Ende schaut niemand – schaut niemand. Also die fünf oder zehn Prozent der Kohorte, die oben sind, die schwimmen mit, die werden nicht gefördert, die werden nicht gefordert. Und es ist wirklich ein Problem. Wir haben jetzt in der Schule bei uns angefangen, eine Leistungsklasse zu machen. Wir werden das im Herbst beginnen. Und wir sind die erste HTL in Österreich – ich habe mich*



*erkundigt, ob es vielleicht irgendwelche Referenzen gäbe von anderen Schulen – wir sind die Ersten, die das machen. Und ich glaube, das ist unwahrscheinlich wichtig – Sie haben ja Amerika erwähnt, dass die mehr oder weniger in diesem oberen Bereich bei weitem überlegen sind. Wir müssen das bei uns auch beginnen, wir dürfen nicht die gescheiterten Schüler einfach mitschwimmen lassen. Die lernen nichts, so nebenbei machen sie das, kommen sowieso überall mit und werden nicht gefordert und gehen uns dann im Endeffekt ab.*

**Androsch:**

Darf ich eine Frage dazu stellen? Das würde ja auch dafür sprechen – ihr wisst ja vor Ort selber am besten, was zu fordern ist und was gefördert werden muss und was man dazu braucht. Das spricht ja in besonderem Maße für mehr Schulautonomie. Aber nicht nur am Papier – wie bei den Universitäten, da haben wir eine halbe Autonomie, ist ja auch nicht wirklich eine vollständige. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, Herr Professor. Also so ist es mir jetzt schon acht Jahre – wir sind zurechtgekommen in Leoben – gegangen, aber das ist eine kleine Universität, das ist eine Boutique, das ist überschaubar, da kann man das ausgleichen. Aber was machst du mit einer großen Universität? Also da wird das um einiges schwieriger, weil es komplexer ist. Aber eine vernünftige Autonomie und Gestaltung und Qualitätskontrolle, nicht? Die muss natürlich dann folgen. Aber setzt auch voraus, dass Sie sich Ihre Mitarbeiter, Ihr Team aussuchen können. Und setzt voraus, dass das entsprechend selektiert und ausgebildet ist. Heißt auch etwa bei den HS-Lehrern nicht, dass man eine Ausbildung im Gegenstand hat, aber Pädagogik nicht. Oder dann wird so ein bisschen Puder draufgestreut, das heißt dann Pädagogik-Kosmetik gemacht und nicht verknüpft der Gegenstand mit der Didaktik. Das ist ja das Entscheidende. Wie bringe ich am besten einem 14-Jährigen bei – was weiß ich – was Induktion ist oder warum heißt es magnetischer Südpol und ist im Norden, nicht? Steht auch nicht im Buch, nicht? Hab gestern da selber nachlernen müssen mit meinem Buben und meinen Schwager anrufen, emeritierter Ordinarius von der TU Wien. Also gemeinsam haben wir es dann geschafft. *(Lachen)* Also ich meine, das ist nett, aber das kann ja nicht die Lösung sein, nicht? Weil das ist dann das Familienleben. Der Unterricht wird nach Hause abgeschoben. Jetzt kommen die Eltern nach Hause, zuerst die Mutter: Hast du die Aufgabe gemacht? Wann hast du einen Test? Blablabla. Der erste Streit. Dann mischt sich der Vater ein, alles auf das Kind, zum Schluss streiten die Eltern. Und das setzt sich dann munter zum Wochenende fort, das ganze Theater. Und das nennt man Familienpolitik. Aber das sind noch die Eltern, die sich kümmern. Und was ist mit dem, wo sich die nicht kümmern? Und haben das aufwändigste Budget für Familienpolitik, den Familienlastenausgleich. So viel Geld, wie wir ausgeben, gibt ja kaum ein anderes Land aus. Und der ist auch verschuldet mit fünf Milliarden. Also wir haben immer noch einen Überschuss gehabt und die haben schon fünf Milliarden Schulden. Ist ja auch nicht trivial, nicht? Man braucht's ja nur in Schilling umrechnen, dann sind wir bei 70 Milliarden Schulden beim Familienlastenausgleichsfonds. Und dann kann man sofort von einem Monat Familienbeihilfe – nächster Monat Staatssekretärgehalt. *(Lachen)*

**Petschnig:**

Sehr geehrter Herr Dr. Androsch, das war alles nicht trivial. *(Lachen)* Vielen herzlichen Dank. Wir haben uns erlaubt, noch eine kleine Erinnerung an die heutige Veranstaltung mitzugeben, ein kleiner Blick an die österreichische Riviera, eine Erinnerung an heute Abend. Danke vielmals, dass Sie heute zu uns gekommen sind.